

22. September 1970: Gespräch des sowjetischen Botschafters in der BRD S. K. Carapkin mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, R. Barzel, und dem Vorsitzenden der Landesgruppe der CSU im Deutschen Bundestag, R. Stücklen*

Geheim Ex. Nr. 1

Ich lud Barzel und Stücklen zum Frühstück ein.

Zu Beginn des Gesprächs machte ich einige kritische Bemerkungen zur Position der CDU/CSU zum sowjetisch-westdeutschen Vertrag.

Barzel antwortete darauf, die CDU/CSU habe nur dank seiner persönlichen Bemühungen von Anfang an nicht eine kompromisslos negative Position gegenüber dem Vertrag eingenommen, sondern einen anderen Weg eingeschlagen. Im Schreiben an die Regierung vom 10. August d. J., so Barzel, habe die CDU/CSU-Fraktion nicht ihre endgültige Einstellung zu dieser Frage¹ geäußert, indem sie diese von der Erreichung einer zufriedenstellenden Regelung für Westberlin und der Erfüllung einiger anderer Bedingungen abhängig machte. [„]Und in den folgenden sechs Wochen[“], fügte Barzel hinzu, [„]habe ich alles dafür getan, um in der Partei die Anerkennung der Richtigkeit dieser Linie zu erreichen, was nicht einfach war.[“]

Der Gesprächspartner sagte weiter, dass die Festlegung auf eine endgültige Position der CDU/CSU zum Vertrag zwischen der BRD und der Sowjetunion nicht zuletzt davon abhängen werde, ob die Opposition die Gelegenheit bekomme, sich mit den Protokollen der Moskauer Gespräche vertraut zu machen. In unserer Partei, betonten Barzel und Stücklen, habe man registriert, dass sowohl in Brežnevs Rede in Alma-Ata als auch im Kommuniqué der letzten Konferenz der Warschauer Pakt-Staaten der Moskauer Vertrag und die seiner Unterzeichnung vorangegangenen Verhandlungen als ein Ganzes betrachtet würden. Dies bringe die Opposition zu der Annahme, dieser Zusammenhang habe einen eigenen, besonderen Sinn und erkläre sich offenbar durch die in den Verhandlungsprotokollen befindlichen wichtigen Interpretationen des Vertrages. Gerade deshalb, sagten die Gesprächspartner, wolle die CDU/CSU die genannten Unterlagen auch zur Verfügung gestellt bekommen. [„]Wir[“], meinte Barzel, [„]haben allen Grund, eine solche Forderung zu stellen, nachdem zum Beispiel beim Abschluss der Pariser Verträge zwischen der BRD und den Westmächten die damals oppositionelle SPD ebenfalls Zugang zu den Unterlagen der entsprechenden Verhandlungen hatte, und das obwohl diese der Geheimhaltung unterlagen.[“]

In Zusammenhang mit diesen Äußerungen der Gesprächspartner sagte ich, dass die von ihnen angeführten Bezugnahmen auf die Verhandlungen in Moskau völlig logisch seien, immerhin sei bekannt, dass der Unterzeichnung des sowjetisch-westdeutschen Vertrags ein langer, mitunter für beide Seiten sehr schwieriger Meinungs-austausch vorhergegangen sei. Im Zuge dieser Verhandlungen hätten sowohl die Sowjetunion als auch die BRD danach gestrebt, die gegenseitigen Verpflichtungen und Absichten genau darzulegen. Dies sei ihnen zweifelsohne gelungen: der unterzeichnete Vertrag sei in seinem Inhalt vollkommen klar und lasse überhaupt keinen Raum für Interpretationen zu. Ich betonte außerdem, dass mit der Anerkennung der real existierenden Lage in Europa die westdeutsche Regierung niemandem ein Geschenk oder ein Zugeständnis gemacht habe, lediglich dem gesunden Menschenverstand ent-

* RGANI, F. 5, op. 62, d. 576, S. 139–144. – Die Botschaft der UdSSR in der BRD, 5. Oktober 1970, Nr. 223. Aus dem Diensttagebuch von S. K. Carapkin. Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 32931, 8. Oktober 1970, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU.“ Hs.: „[2]5-s/7. Information auf der Rückseite.“ Hs. verfügt auf S. 140: „[Ins] Archiv, [Unterschrift unleserlich].“ – Gesprächsteilnehmer: „Botschaftsrat und Gesandter der Botschaft der UdSSR in der BRD, A. V. Bondarenko, der erste Botschaftssekretär G. I. Elizar’ev und Dolmetscher des Auswärtigen Amtes der BRD, E. Hartmann.“ Verteiler: „5 Ex.: 1 – Internationale Abteilung des ZK der KPdSU, 2 – Gen. V. S. Semenov, 3 – 3. E[uropäische] A[bteilung] beim MfAA der UdSSR, 4 – A[bteilung] für O[rganisation] von P[rotokollveranstaltungen] beim MfAA der UdSSR, 5 – zum Akt. 22. Oktober 1970, mp. Nr. 452.“

¹ Die Passage „und eine Festlegung ihrer Einstellung zum Vertrag“ ist ms. durchgestrichen.

spreche. Indes sei der Moskauer Vertrag im Grunde der erste wirklich gleichberechtigte Vertrag, der bis jetzt von der BRD mit einer Großmacht geschlossen worden sei. Er hebe sich in diesem Sinn von den erwähnten Pariser Verhandlungen positiv ab. Er eröffne der BRD neue, umfassende Möglichkeiten nicht nur im Osten, sondern auch im Westen; das müsse auch die Opposition erkennen und schätzen.

Barzel beklagte sich, wie schon im Gespräch am 6. August d. J., über die Haltung der sowjetischen Seite gegenüber der Opposition. Die Sowjetunion, sagte er, wolle sich derzeit nicht mit der CDU/CSU auseinandersetzen, welche jedoch eine der führenden Parteien in der BRD sei, sie beurteile ihre Politik voreingenommen und ausgesprochen negativ. Diese diskriminierende Haltung, betonte Barzel, sei auch in einem kürzlich im offiziellen Organ des sowjetischen Außenministeriums „Za rubežom“ erschienenen Artikel zutage gekommen, welcher scharfe Attacken auf die Opposition, insbesondere auf die CSU, enthielt. [„]Solche Angriffe[“], bemerkte Barzel, [„]sehen wir immer als Angriffe auf unsere gesamte Partei. Mich persönlich[“], fügte er hinzu, [„]hat besonders getroffen, dass im genannten Artikel auch die von mir eingenommene Position zum sowjetisch-westdeutschen Vertrag scharfer Kritik unterzogen wird, obwohl diese eigentlich eine andere Beurteilung verdient.[“] Es entstehe der Eindruck, betonte Barzel, dass in der Sowjetunion kein objektiver Blick auf die von der CDU/CSU-Fraktion eingeschlagene Linie gewünscht sei. Derartige Publikationen, bemerkte er, überschritten die Grenzen des Zulässigen.

Ich wies Barzel darauf hin, dass die Zeitschrift „Za rubežom“ kein Organ des Außenministeriums der UdSSR sei. Ich merkte an, dass in der westdeutschen Presse, in erster Linie in CDU/CSU-nahen Blättern wie dem „Bayernkurier“, regelmäßig Artikeln über die Politik der Sowjetunion veröffentlicht würden, die nur als verleumderisch bezeichnet werden könnten. [„]Was die Artikel in der sowjetischen Presse betrifft, so geben diese, unserer Ansicht nach, ein objektives Bild von der Lage in der BRD.[“] Es sei nur natürlich, dass in diesen Artikeln die Politik jener westdeutschen Kreise, die sich gegen den sowjetisch-westdeutschen Vertrag aussprechen, kritisch dargestellt werde.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs führte Barzel den Gedanken aus, dass die Sowjetunion eine „Versöhnung“ nicht nur mit der Regierung, die heute an der Macht sei, jedoch jeden Moment von einer anderen Regierung ersetzt werden könne, anstreben solle, sondern mit der gesamten BRD. Das bedeute, sie [die Sowjetunion] müsse auch die CDU/CSU berücksichtigen, welche die Meinung eines überaus beträchtlichen Teiles der westdeutschen Bevölkerung vertrete. In diesem Zusammenhang sprach sich Barzel für die Entwicklung der Kontakte zwischen der BRD und der Sowjetunion aus, insbesondere auf parlamentarischer Ebene, und reagierte positiv auf Pläne, im Bundestag eine Arbeitsgruppe für Kontakte mit dem Obersten Sowjet der UdSSR einzurichten. Barzel ergänzte, dass es die CDU/CSU, sollte sich eine solche Frage in der Zukunft stellen, bevorzugen würde, eigenständig und nicht als Teil einer allgemeinen westdeutschen Parlamentsdelegation in die Sowjetunion zu reisen, wo ihr lediglich eine zweitrangige Rolle als „kleiner Fisch“ zugewiesen wäre. Damit versuchte Barzel zu verdeutlichen, dass, wenn die Sowjetunion an einer Änderung der Einstellung der Opposition zum sowjetisch-westdeutschen Vertrag interessiert sei, sie ihr dabei helfen müsse. Eine eigenständige Reise einer Delegation der CDU/CSU-Fraktion in die Sowjetunion, fügte er hinzu, wäre ein Schritt in diese Richtung.

Bezüglich des Problems Westberlin, stellten die Gesprächspartner die bekannte Position der CDU/CSU in dieser Frage dar. Beharrlich verteidigten sie insbesondere die Notwendigkeit, den gesamten Umfang an Verbindungen zwischen der BRD und Westberlin aufrechtzuerhalten, einschließlich der politischen Verbindungen. Barzels Worten zufolge, müsse die Unterzeichnung des Vertrages zwischen der BRD und der Sowjetunion unausweichlich auch den Charakter der Verhandlungen der vier Großmächte in Berlin verändern. Wenn es in der ersten Etappe dieser Verhandlungen v. a. um die Regelung einer Reihe von praktischen Fragen gegangen sei, so müssten nach CDU/CSU-Auffassung nun einige prinzipielle, diese Stadt

betreffende Fragen auf die Tagesordnung gesetzt werden. An die Westberlin-Frage, so Barzel, müsse man nun auf Basis des Art. 1 des Moskauer Vertrages herangehen, in dem die Rede davon ist, dass die [jeweiligen] Seiten von der „in diesem Raum (d. h. in Europa) bestehenden realen Lage“ auszugehen haben. Nach Vorstellung der CDU/CSU, sagte er, bedeute dies nicht nur die Anerkennung jener Tatsachen, die der Sowjetunion genehm und die überaus deutlich in anderen Artikeln des Vertrages fixiert seien, sondern auch jener Fakten, die der Sowjetunion nicht gefallen. Dazu gehöre auch der gesamte Umfang an Verbindungen zwischen der BRD und Westberlin, wie sie am 12. August d. J. bestanden haben, einschließlich auch der entstandenen Formen der politischen Präsenz der BRD in dieser Stadt. Die CDU/CSU und er persönlich, unterstrich Barzel, hätten Westberlin nie so betrachtet, und tun dies auch jetzt nicht, als ob es ein integraler Bestandteil der BRD sei oder sich unter ihrer Kontrolle befände. [„]Wir verstehen[“], fügte er hinzu, [„]dass es sich dabei um ein besonderes Gebilde handelt, das sich unter der Kontrolle der Westmächte befindet.[“] In diesem Zusammenhang merkte Barzel an, dass er im Jahr 1962 in seiner Funktion als Minister für gesamtdeutsche Fragen bei der Lösung der Frage, wer Präsident Kennedy bei seinem Besuch in Westberlin empfangen sollte, – Kanzler Adenauer, der amtierende Bürgermeister Brandt oder der französische Kommandant der Stadt, immerhin sei Kennedy im französischen Sektor der Stadt gelandet – darauf bestanden habe, dass Kennedy vom französischen Kommandanten empfangen werde. [„]Wir erkennen auch jetzt[“], bemerkte Barzel, [„]die volle Verantwortung der drei Westmächte für Westberlin an, gleichzeitig sind wir aber, unter Berücksichtigung des Willens der Bevölkerung Westberlins, der Meinung, dass der „freie Teil Deutschlands“ und der „freie Teil Berlins“ in „einiger Gemeinschaft“ verbunden sind.[“]

Barzel und Stücklen äußerten sich in dem Sinne, dass bei der Regelung des Status von Westberlin das Recht für die BRD aufrechterhalten werden müsse, weiterhin Besuche des Bundespräsidenten und Kanzlers sowie Fraktions- und Bundestagskomitee-Sitzungen usw. in dieser Stadt durchzuführen. [„]Wir können nicht verstehen[“], meinten die Gesprächspartner, [„]inwiefern diese traditionell etablierten Formen der politischen Präsenz der BRD in Westberlin die Sowjetunion stören.[“] Barzel betonte, dass zu den Realitäten Westberlins, „denen man nicht ausweichen kann“, auch die Anwesenheit von 25.000 Beamten der BRD und einer ganzen Reihe von Bundesbehörden gehöre. Barzel gab zu verstehen, dass er in seinen Gesprächen während seiner kürzlich absolvierten Reise in die Hauptstädte der drei Westmächte auf diesen Umstand besonders aufmerksam gemacht habe.

Ich legte Barzel meinerseits unsere prinzipielle Haltung in der Westberlin-Frage dar. Ich bemerkte insbesondere, dass die Forderungen der Opposition bezüglich der so genannten politischen Präsenz der BRD in Westberlin nichts mit der Sorge um die Erhaltung der Lebensfähigkeit dieser Stadt zu tun hätte, welche die CDU/CSU-Funktionäre so gerne lang und breit ausführe, sondern absolut unrealistische Anmaßungen seien, die nicht akzeptiert werden könnten. Ich betonte, dass die CDU/CSU mit ihrem Versuch, diese Position der Bundesregierung und den drei Westmächten aufzudrängen, zeige, dass sie im Grunde danach strebe, die Erreichung jedweder vernünftigen Einigung in der Westberlin-Frage zu blockieren, obwohl sie behaupte, an einer solchen interessiert zu sein. Unserer Ansicht nach verspreche die Position des „Alles oder Nichts“ der CDU/CSU keinerlei Dividenden und stoße bei der Bevölkerung weder der BRD, noch Westberlins auf Verständnis, worüber die Opposition wohl noch einmal ernsthaft nachdenken müsse.

Ich fragte Barzel, welche Haltung die CDU/CSU zur Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz einnehme.

In seiner Antwort reagierte Barzel alles in allem positiv auf die Idee einer gesamteuropäischen Konferenz an sich und behauptete, er wäre einer der ersten westdeutschen Politiker gewesen, der sich für die Verwirklichung einer Zusammenarbeit auf gesamteuropäischer Grundlage ausgesprochen hätte. Gleichzeitig sagte er, dass es für die CDU/CSU wichtig sei, dass eine solche Zusammenarbeit nicht den Zielen, die sich die westeuropäischen Länder mit

der Errichtung eines gemeinsamen Marktes gesetzt hätten, entgegenlaufe. Unterdessen, betonte Barzel, ließen einige Veröffentlichungen in der sowjetischen Presse den Schluss zu, dass die gesamteuropäische Konferenz zu einem Hindernis für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit der „Sechs“ werden könnte, insbesondere auf politischer Ebene. Barzel gab außerdem zu verstehen, dass die CDU/CSU eine gesamteuropäische Konferenz nicht unterstützen könne, solange es keinen Fortschritt in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten gebe.

Ich legte meinen Gesprächspartnern unsere Argumentation in der Frage der Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz detailliert dar.

Zum Abschluss des Gesprächs erklärten Barzel und Stücklen, sie würden über alles Gesagte nachdenken, und sprachen sich für eine Fortsetzung der Kontakte aus.

Der Botschafter der UdSSR in der BRD

S. Carapkin²

² Hs. unterzeichnet.